

«Die Waffe Referendum wieder schärfen»

Alexandre Zindel hat praktisch im Alleingang die Giacometti-Initiative lanciert, die dem Niedergang der direkten Demokratie entgegenwirken will. Im Interview mit dem «Nebelspalter» erklärt der Jurist und Berater aus der Romandie, wie die Stimme von Volk und Ständen wieder gestärkt werden kann.

SCHWEIZ GESELLSCHAFT BILDUNG TRENDING



Philipp Gut
18. Juni 2022, 12:00

Folgen



Wider den "Verlust der Souveränität": Jurist Alexandre Zindel, Erfinder der Giacometti-Initiative. (Bild: zvg)

Herr Zindel, Sie haben eine eidgenössische Volksinitiative lanciert mit dem Titel: «Volk und Stände entscheiden über dringlich erklärte Bundesgesetze». Worauf zielen Sie damit ab?

Die Initiative will eine Stärkung der Referendumsrechte, um unwürdige Verhältnisse wie bei einigen Referendumsabstimmungen im Jahr 2021 zu verhindern. Denn wenn es erst viele Monate nach einem sofort in Kraft gesetzten Bundesgesetz zu einer allfälligen Referendumsabstimmung kommt, ist der Mist schon längst geführt.

Die Giacometti-Initiative verlangt, dass dringlich erklärte Bundesgesetze "innerhalb von 100 Tagen nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden". Eine zweite Änderung der Bundesverfassung besagt, dass ein dringlich erklärtes Bundesgesetz 100 Tage nach Annahme durch die Bundesversammlung ausser Kraft tritt, "wenn es nicht innerhalb dieser Frist von Volk und Ständen angenommen wird".

Sie wollen mit der Initiative ein gewisses «verfassungsrechtliches Gleichgewicht der Institutionen wiederherstellen». Was meinen Sie damit?

Die Schweiz ist meines Wissens das einzige Land mit einem in der Bundesverfassung vorgesehenen Referendumsrecht gegen Bundesgesetze. Die mit diesem Recht verbundene Referendumsdrohung ist ein wirksames Instrument, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen im Gesetzgebungsverfahren auszubalancieren. Wenn jedoch ein Bundesgesetz als dringlich erklärt wird und sofort in Kraft gesetzt wird, so wird aus der Referendumsdrohung eine stumpfe Waffe. Diese gilt es mit unserer Initiative wieder zu schärfen.

In der Corona-Zeit haben für dringlich erklärte Bundesgesetze einen Boom erlebt. Nennen Sie uns bitte ein paar konkrete Beispiele!

Seit dem Jahr 2000 wurden 40 Bundesgesetze für dringlich erklärt, davon 12 in den Jahren 2020 und 2021. Rein statistisch stellt dies mehr als eine Verdreifachung der „Dringlichkeit“ dar. Auch materiell hat sich diese gewandelt: Früher waren es Gesetzesvorlagen zum Rheinschiffsverkehr, zur beruflichen Vorsorge oder zum Krankenversicherungsgesetz. Doch jetzt wird alles *ipso facto* „dringlich“, wenn das Parlament das Etikett „Covid-19“ draufklebt.

In welchen anderen Phasen der Schweizer Geschichte setzte die Politik ebenfalls verstärkt auf dringliche Bundesgesetze?

Die Dringlichkeitserklärungen durch die Bundesversammlung waren schon immer ein heisses Eisen. Zwischen 1918 und 1939 wurden mehr als die Hälfte der Gesetze beziehungsweise Bundesbeschlüsse für dringlich erklärt. Gemäss der damals gültigen Bundesverfassung gab es gegen solche dringlichen Bundesbeschlüsse kein Referendumsrecht. Erst die Volksinitiative „Rückkehr zur direkten Demokratie“, die vom Souverän am 11. September 1949 angenommen wurde, schob diesem Treiben des Parlaments einen Riegel.

Für die Initianten zeichnet das Referendumsrecht die direkte Demokratie der Schweiz aus. Worin liegt die besondere Bedeutung dieses Rechts?

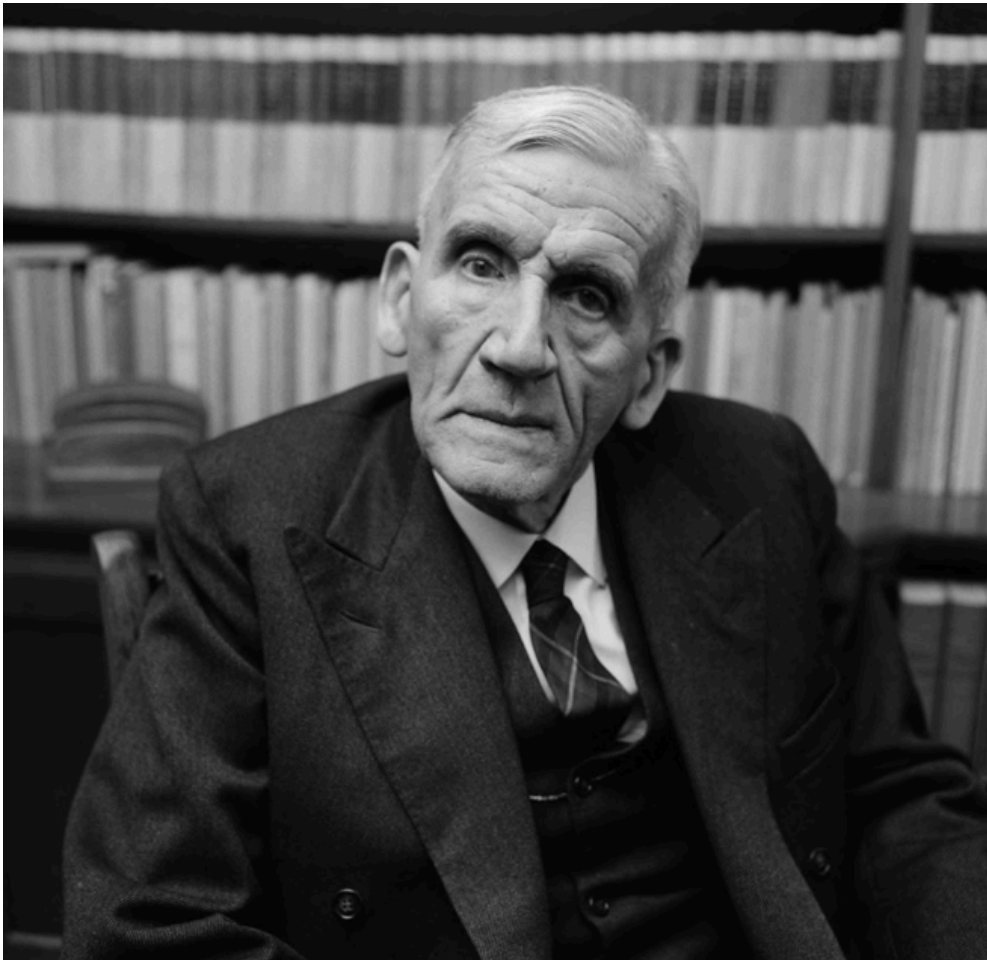
Das in der Bundesverfassung verankerte Referendumsrecht verleiht allen Bundesrechten eine starke demokratische Legitimität, da diese vom Volk bewilligt worden sind: implizit nach Verstreichen der unbenützten Referendumsfrist, explizit bei der Annahme in der Referendumsabstimmung. Diese Legitimität schafft sozialen Frieden und Wohlstand.

Ihrer Initiative haben Sie die Kurzform «Giacometti-Initiative» verpasst, eine Hommage an den liberalen Staatsrechtler Zaccaria Giacometti (1893-1970). Weshalb die Wahl dieses geistigen Ahnherrn?

Ich bin überzeugt, dass Zaccaria Giacometti die vorgeschlagene Verfassungsänderung unterstützt hätte. Für sein Engagement gegen die totalitären Tendenzen und für die Grundrechte wollen wir ihn mit der Kurzform „Giacometti-Initiative“ würdigen.

Einer breiteren Öffentlichkeit dürfte Giacometti – trotz seines Ruhms unter Juristen – kaum mehr bekannt sein. Wenn Sie ihn mit wenigen Strichen porträtieren müssten – wie sähe dieses Porträt aus?

Diese Frage ist für mich schwierig zu beantworten, da ich bei seinem Tod erst 7 Jahre alt war. Dennoch kommen mir Begriffe wie „protestantisches Ethos“, „Rechtstreue“, „Freiheitsliebe“, „logisches Denken“, „Integrität“ in den Sinn, wenn ich an Zaccaria Giacometti denke. Auch gemeinsame biographische Aspekte wie Jugend im Oberengadin/Bergell, Internatsjahre in Schiers, Studium der Rechte.



Rechtsgelehrter gegen totalitäre Tendenzen: Zaccaria Giacometti. Zürich, 1963. (Bild: Keystone SDA)

Sie sagen es: Sie sind von Haus aus Jurist und haben als Berater für die Scheichs von Abu Dhabi gearbeitet. In der Politik sind sie bisher nicht aktiv gewesen. Was hat Sie dazu bewogen, politisch tätig zu werden und gleich eine Volksinitiative zu lancieren?

Wie jeder Schweizer Stimmberechtigte bin ich sehr wohl politisch aktiv, nämlich beim Abstimmen zu Referenden und Volksinitiativen. Mit der Lancierung der Giacometti-Initiative werde ich nicht im eigentlichen Sinne in der Politik aktiv, sondern versuche nur meinen Mitbürgern einen sinnvollen und eleganten Weg aus der heute verfahrenen Situation zu weisen.

Wer sind Ihre Mitstreiter?

Das Komitee der Giacometti-Initiative wurde aus einfachen, politisch unbelasteten Personen gebildet. Die Zusammensetzung des Initiativkomitees erfüllt die strengsten heutzutage geltenden Diversitätsvorgaben. Die anderen Mitstreiter, die Unterschriften und Spenden sammeln, sind oft Mitbürger meiner Generation und älter sowie Schweizer, deren Eltern oder Grosseltern in totalitären Regimes gelebt hatten. Beide Gruppen verstehen die Bedeutung des Referendumsrechts.

Sie haben also keine grosse Organisation im Rücken?

Es ist vermutlich auch besser so. Dennoch bin ich beeindruckt, wie grosse Parteien und Vereine, aber auch bekannte Persönlichkeiten aus der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft spontan die Giacometti-Initiative mit Unterschriften und Spenden unterstützen.

Die Bundesversammlung wird die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes im Herbst ohne Not für dringlich erklären. Ich bedanke mich schon jetzt dafür, denn das ist Wasser auf die Mühlen unserer Initiative. Im Vorentwurf der bundesrätlichen Botschaft zur Verlängerung des Covid-19-Gesetzes heisst es in Bundesbeamtendeutsch: „Auch bei den anderen zu ändernden bzw. zu verlängernden Bestimmungen kann ein Unterbruch der Geltungsdauer nicht riskiert werden, da sonst Rechtsgrundlagen für die entsprechenden Verordnungsbestimmungen und Massnahmen fehlen würden.“

Letzte Frage: Sie haben lange Zeit im Ausland verbracht und haben daher einen besonderen Blick auf die Schweiz. Wie hat sich unser Land in Ihren Augen in den letzten Jahren und Jahrzehnten entwickelt? Und wie wird es im arabischen Raum wahrgenommen?

Mir ist aufgefallen, wie sehr sich typische schweizerische Eigenarten wie das Milizwesen in der Armee und Politik verwässert haben. Abu Dhabi, wie die Schweiz ein kleines, reiches Land, umgeben von mächtigen und grossen Nachbarn, beobachtet wohl mit Sorge unseren schleichenden Verlust der Souveränität. Auf jeden Fall war damals die törichte Minarett-Initiative nur für den Schweizer Botschafter ein Thema. Schliesslich habe ich in all den Jahren in Abu Dhabi sonntags auch kein zum Kirchgang aufforderndes Glockengeläut gehört.